BILDUNGSFINANZIERUNG

Ohne Feuer und Flamme

Ein kritischer Blick auf den letzten Bildungsbericht zeigt die blinden Flecken in der Schulfrieden-Fassade

Das Referat B Bildungspolitik und das Referat C Bildungsfinanzierung haben eine Artikelserie gestartet, die einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen des Bildungswesens in Hamburg geben soll. Nach Abschluss der Artikelserie planen wir eine Broschüre zum Thema. Interessierte sind zur Mitarbeit aufgerufen und können sich an dehnerdt@gew-hamburg.de wenden. Dieses Mal geht es um eine Bewertung und Einordnung des Hamburger Bildungsberichts von 2014, der regelmäßig von der BSB herausgegeben wird und in dem ein Überblick über die Rahmenbedingungen des Hamburger Bildungswesens gegeben wird.

Der Bericht – so kündigt Senator Rabe in seinem Grußwort zum Bildungsbericht 2014 an – stelle Daten zu den wichtigen Entwicklungen dar, „aber auch Aufgaben, die sich aus Sicht der AutorInnen aus diesen Daten ergeben.“ Gemessen an der Elle der Vorläuferberichte ist das Ergebnis des Berichts 2014 mehr als enttäuschend.

Der erste große nationale Bildungsbericht des Deutschen Bildungsrates 1970 (Strukturplan für das Bildungswesen) forderte als Reaktion auf die Veröffentlichung Georg Pichts von 1965, „Die deutsche Bildungskatastrophe“, die Ablösung der tradierten dreigliedrigen Schulstruktur. Im gleichen Jahr 1970 veröffentlichte auch Hamburg seinen ersten umfangreichen Bildungsbericht mit der Ankündigung von Modellversuchen mit dem Ziel einer grundlegenden Schulreform. 1979 folgte ein Berufsbildungsbericht, mit dem ein breiter Katalog von Reformmaßnahmen angekündigt wurde.

Seit dem sogenannten „PISA-Schock“[1] von 2000 wurde die Bildungsberichterstattung intensiviert; es folgten die Erhebungen IGLU, TIMMs, KESS u.a., die ihren Niederschlag in den „Konsequenzen der neuen PISA-Studien“ der Enquete-Kommission 2007 fanden. Der Hamburger Bildungsbericht 2009, der in der jüngsten Zählung als der erste Hamburger Bildungsbericht bezeichnet wird, hat als Innovation eine Primarschule von Klasse 0 - 6 im Angebot. Der zweite Hamburger Bildungsbericht von 2012 thematisiert u.a. die Stadtteilschule und die Inklusion. Der dritte Hamburger Bildungsbericht (also 2014) preist hingegen das derzeitig nach wie vor extrem selektive Schulsystem als „modernes und leistungsfähiges

[1] Als GEW sehen wir PISA wie auch die hierfür verantwortliche OECD kritisch und verstehen den durch die erste PISA-Erhebung ausgelösten „Schock“ als politisch gewünschten Effekt und Initialzündung für die zunehmende Ökonomisierung des Bildungsbereiches. Hiermit werden wir uns weiter beschäftigen.

ANZEIGE

Die Schüleragentur für einen klimafreundlichen Schulverkehr.

Schülerinnen und Schüler der Klassen 9 – 13 an allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen

Gründen eine Agentur und schließen einen Vertrag mit dem HVV | Entwickeln ein Szenario für einen klimafreundlichen Schulverkehr | Organisieren einen Aktionstag in der Schule und setzen diesen um | Berechnen die CO_2-Emissionen der Schulgemeinschaft vor und nach dem Aktionstag | Erhalten eine Vergütung von einem Euro je eingespartem Kg CO_2 | Erstellen eine Präsentation ihrer Arbeiten und veröffentlichen diese

Gerne kommen wir zu Ihnen in die Schule und stellen das Projekt persönlich vor.

MOBILITÄT GESTALTEN
mit der HVV-Schulberatung

Schulberatung HVV

Schulsystem, das es zu wahren und zu stärken“ gelte. Dies sei der zentrale Beitrag für den geltenden Schulfrieden, der von allen Parteien beschlossen wurde und getragen werde.

Der zentrale Befund im Grußwort des Senators zum Bildungsbericht 2014 lautet: Die Bildungszeit wurde zunehmend ausgeweitet (Krippen- und Elementarbereich seit 2003 ausgebaut, Ganztagsangebot abgeschlossen, Lehrerstellenzahl erhöht, 58% Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden inklusiv beschult) und die Ressourcen seien zunehmend gestiegen.

Hierzu stellen wir fest: Richtig und zu begrüßen ist, dass der Krippen- und Elementarbereich ausgebaut und das Ganztagsangebot, also die institutionelle Bildungszeit, erheblich ausgeweitet wurde. Der Erhöhung der Lehrer_innenstellenzahl steht jedoch zugleich eine Erhöhung der Schüler_innenzahlen gegenüber: Im Hamburger Haushalt von 2003, Einzelplan 3.1., sind 13.700 Stellen ausgewiesen. Im Einzelplan 2013/14 sind es 14.288 Stellen. Das ergibt ein Plus von 4,29 Prozent. Gleichzeitig hat sich die Schüler_innenzahl von 2001 bis 2013 von 163.843 auf 171.565 erhöht (4,7 Prozent), so dass sich das Plus im Promille-Bereich bewegt. Berücksichtigt man die zusätzlich beschlossenen Maßnahmen der Inklusion im Bereich der Stadtteilschulen ohne angemessene Aufstockung der Stellenbudgets – die bereitgestellten Stellen sind absolut unzureichend –, kann von einer wirklichen Verbesserung der Situation an den Schulen nicht gesprochen werden. Auch dem nicht angemessen ausfinanzierten Programm „Fördern statt Wiederholen“ blieb der erhoffte Erfolg versagt (Tagespresse am 7.10.15, vgl. auch Stellungnahme des Rechnungshofs Bürgerschaftsdrucksache Dr 21/51, S. 50 vom 3.3.15).

„Der Erhöhung der Lehrer_innenzahl steht der Schüler_innenzahl gegenüber – sodass sich das Plus im Promillebereich bewegt.“

Darüber hinaus besteht weiterhin eine ungleiche Nutzung der Bildungsangebote (Kinder mit Migrationshintergrund werden unterproportional in Krippen betreut und besuchen nicht so häufig ein Gymnasium), so dass soziale Disparitäten kaum gemildert werden. Die gestiegenen Zahlen von Kindern mit Migrationshintergrund haben sich natürlich auch bedarfssteigend ausgewirkt – das wird mit dem Amt für Schule nicht strittig sein –, so dass insgesamt eine Verschlechterung der Personalsituation eingetreten ist.

Zusammengefasst: Nach dem gescheiterten Versuch der Einführung einer Primarschule und nach dem vereinbarten „Schulfrieden“ wollte sich der Senat auch im Bildungsbereich auf „ordentliches Regieren“ konzentrieren. Eines der Ergebnisse dieser Politik ist u.a., dass mehr als 400 Zehntklässler_innen an Gymnasien und Stadtteilschulen die Schule verlassen müssen, weil sie die vorgegebenen Ziele nicht erreicht haben (Abendblatt vom 7.10.2015). Was wir in der Olympiarhetorik des Bürgermeisters – „mit Feuer und Flamme“ – sehen, hätten wir uns in der bildungspolitischen Praxis der Hansestadt gewünscht.

Referat B Bildungspolitik und Referat C Bildungsfinanzierung.

SPORT

‚Aktive Pause‘

Nicht auf Orden, sondern auf das, was sich ändert, kömmt es an

Über das, was an mancher Schule Praxis ist, ließ sich Ende letzten Jahres in den Medien etwas vernehmen. Da hatte ein engagierter Kollege, Holger Laurisch, sich über lange Zeit bemüht, die Schüler_innen auf den Schulhöfen zu einer aktiven sportlichen Betätigung zu bewegen und dafür im Dezember letzten Jahres das Bundesverdienstkreuz erhalten. Nun kann man sich darüber freuen, dass ein Engagement auf diesem Feld auf diese Weise öffentlich zu Ehren kam. Ärgern kann man sich und dies betrifft insbesondere unser Mitglied Dr. Albrecht Bähr, wenn man der Ideengeber war. Manch ältere/r Kolleg_in mag sich erinnern. Die ‚aktive Pause‘ war ein Konzept, das Kollege Bähr in den 1970-er Jahren mit viel Engagement und Überzeugungsarbeit an etliche Schulen gebracht hatte. Die auch in diesen Jahren uns gar nicht immer wohlgesonnene Springerpresse berichtete darüber ausführlich. Diesmal positiv. Ein bisschen Licht fiel damals dabei also auch auf die GEW.

Vielleicht hat dieser Anlass ja aber auch sein Gutes, indem er einen Anstoß liefert, noch einmal darüber nachzudenken, ob und inwieweit nicht an mancher Schule an eine Neuauflage dieses Konzepts gedacht werden kann.

JOACHIM GEFFERS